

Wahlanalyse zur Nationalratswahl 2002

Österreich erlebte einen historischen Wahltag. Noch nie hat es in der Zweiten Republik derart starke Veränderungen im Wahlergebnis gegeben.

Von Günther Ogris und Christoph Hofinger *)

Die ÖVP gewinnt 15,36 Prozentpunkte, die FPÖ verliert 16,75 Prozentpunkte. Es kommt zu einer drastischen Neuordnung der Kräfteverhältnisse im so genannten bürgerlichen Lager. Die ÖVP wird stimmenstärkste Partei, die SPÖ fällt erstmals seit 1966 auf Platz 2 zurück, der Stimmenanteil der FPÖ hat sich mehr als halbiert. Die Grünen bleiben viertstärkste Partei, allerdings mit nur einem Prozentpunkt Abstand zu den Freiheitlichen.

SPÖ und ÖVP verfügen nunmehr zusammen über 148 Abgeordnete im Nationalrat, um 26 mehr als die Verfassungsmehrheit von 122 Mandaten.

Der Vorsprung von Schwarz-Blau auf Rot-Grün hat sich von 13,2 auf 6,6 Prozent genau halbiert.

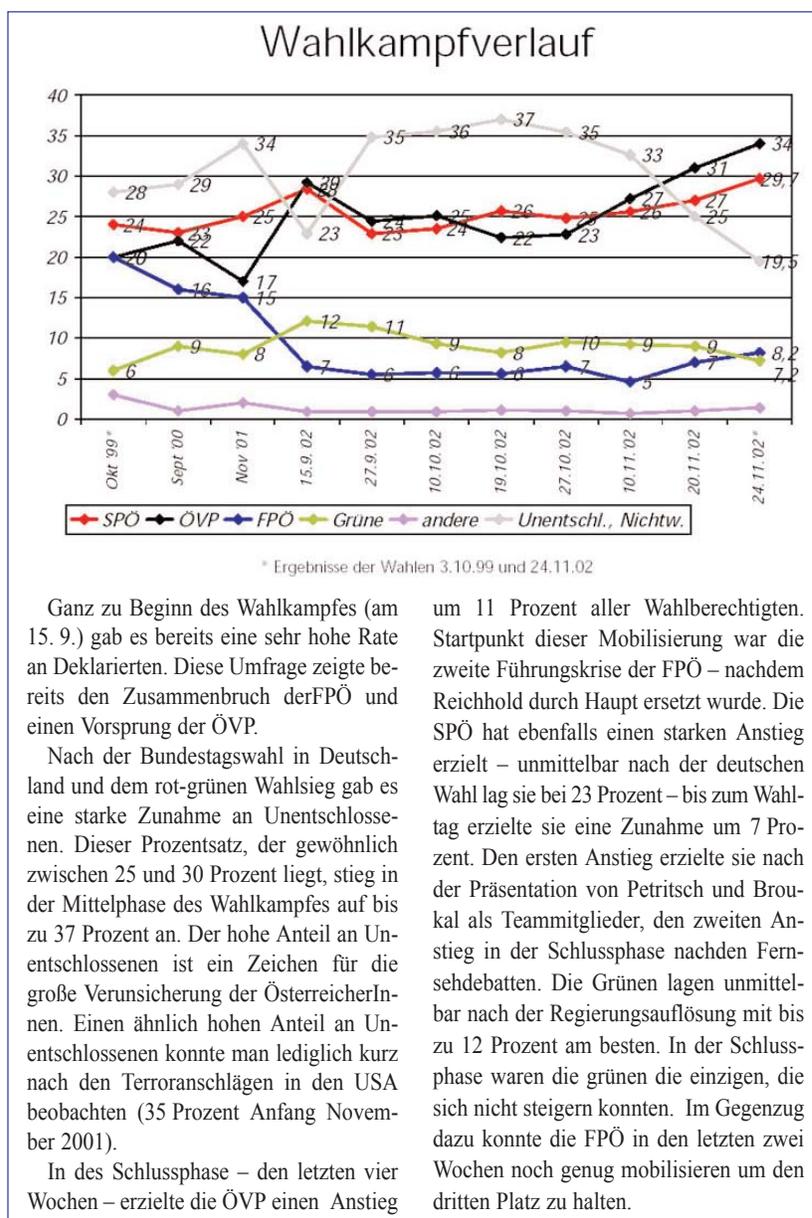
Die Gründe für den ÖVP-Wahlsieg und die Niederlage der FPÖ

Obwohl sich im Wahlkampf zunächst ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen ÖVP und SPÖ abgezeichnet hat, konnte die ÖVP mit ihrem Kanzlerwahlkampf die Wahl letztlich für sich entscheiden. Ihre Zugewinne kamen vor allem von ehemaligen FPÖ-WählerInnen. Aber auch von SPÖ und Grünen konnte die ÖVP etwas mehr Stimmen gewinnen als sie im Gegenzug verloren hat. Schließlich hat die Mobilisierung von 122.000 NichtwählerInnen von 1999 der ÖVP substantiellen Zuwächse gebracht.

Der ÖVP gelang es, die im September ausgebrochenen Führungskrise der FPÖ strategisch zu nutzen: Die FPÖ-Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer und Karl-Heinz Grasser wurden gelobt. Gleichzeitig konnte die ÖVP im Wahlkampf Distanz zu Jörg Haider und den „Knittelfelder Rebellen“ zeigen. Inhalt-

lich gelang es der ÖVP, sich mit FPÖ-Themen wie Asylpolitik und der Warnung vor Rot-Grün zu positionieren.

Die ÖVP nützte die Führungskrisen der FPÖ geschickt aus. Nach der ersten Führungskrise in der FPÖ (Knittelfeld, Rücktritt



Ganz zu Beginn des Wahlkampfes (am 15. 9.) gab es bereits eine sehr hohe Rate an Deklarationen. Diese Umfrage zeigte bereits den Zusammenbruch der FPÖ und einen Vorsprung der ÖVP.

Nach der Bundestagswahl in Deutschland und dem rot-grünen Wahlsieg gab es eine starke Zunahme an Unentschlossenen. Dieser Prozentsatz, der gewöhnlich zwischen 25 und 30 Prozent liegt, stieg in der Mittelphase des Wahlkampfes auf bis zu 37 Prozent an. Der hohe Anteil an Unentschlossenen ist ein Zeichen für die große Verunsicherung der ÖsterreicherInnen. Einen ähnlich hohen Anteil an Unentschlossenen konnte man lediglich kurz nach den Terroranschlägen in den USA beobachten (35 Prozent Anfang November 2001).

In der Schlussphase – den letzten vier Wochen – erzielte die ÖVP einen Anstieg

um 11 Prozent aller Wahlberechtigten. Startpunkt dieser Mobilisierung war die zweite Führungskrise der FPÖ – nachdem Reichhold durch Haupt ersetzt wurde. Die SPÖ hat ebenfalls einen starken Anstieg erzielt – unmittelbar nach der deutschen Wahl lag sie bei 23 Prozent – bis zum Wahltag erzielte sie eine Zunahme um 7 Prozent. Den ersten Anstieg erzielte sie nach der Präsentation von Petritsch und Broukal als Teammitglieder, den zweiten Anstieg in der Schlussphase nach den Fernsehdebatten. Die Grünen lagen unmittelbar nach der Regierungsauflösung mit bis zu 12 Prozent am besten. In der Schlussphase waren die grünen die einzigen, die sich nicht steigern konnten. Im Gegenzug dazu konnte die FPÖ in den letzten zwei Wochen noch genug mobilisieren um den dritten Platz zu halten.

*) Günther Ogris, MA, und Mag. Christoph Hofinger sind Geschäftsführer und wissenschaftliche Leiter der SORA Ogris & Hofinger OEG, Institute for Social Research and Analysis

Nationalratswahl 2002 – Die Analyse

von Riess-Passer, Grasser und Westenthaler) verkündete sie Neuwahlen und konnte viele Freiheitliche für sich gewinnen. Nach der zweiten Führungskrise (Erkrankung von Reichhold, Übernahme der Parteiführung von Haupt und Haider's neuerliche Irak-Reise) präsentierte die ÖVP Karl-Heinz Grasser als potentielles Regierungsmitglied der ÖVP und verstärkte so den Wählerschwund von der FPÖ zur ÖVP in der Schlussphase des Wahlkampfes.

Für die Abwanderer von der FPÖ zur ÖVP waren folgenden Punkte entscheidend:

- Zufriedenheit mit der Regierungsarbeit von Schwarz-Blau, vor allem mit der Wirtschaftspolitik und dem Nulldefizit,
- Einschätzung der FPÖ als „nicht regierungsfähig“, die Abwendung von Jörg Haider und die Entscheidung, „diesmal Schlüssel“ zu wählen,
- Ablehnung von SPÖ bzw. Rot-Grün und
- Zugewinne der SPÖ

Die SPÖ ist nur noch zweitstärkste Partei in Österreich, obwohl sie fast 200.000 Stimmen gewinnen konnte. Die SPÖ gewinnt vor allem mit drei Themen: Sozialpolitik, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Verhinderung einer schwarz-blauen Bundesregierung.

Alfred Gusenbauer wurde zunehmend als guter Kandidat für das Kanzleramt (45 Prozent in der Wahltagsbefragung) wahrgenommen. Die Imagesteigerungen Alfred Gusenbauers reichten aber nicht aus, um Wolfgang Schüssel zu überholen, der im Intensivwahlkampf ebenfalls stark zulegen konnte. Die SPÖ hat mit der Präsentation der beiden Kandidaten Wolfgang Petritsch und Josef Broukal zwei Effekte gleichzeitig erzielt – Stimmen mobilisiert und das Image des Kanzlerkandidaten verbessert.

In der Schlussphase hat die SPÖ vor allem durch die Performance des Spitzenkandidaten in den TV-Konfrontationen zugelegt.

Die FPÖ ist eine Partei der SeniorInnen

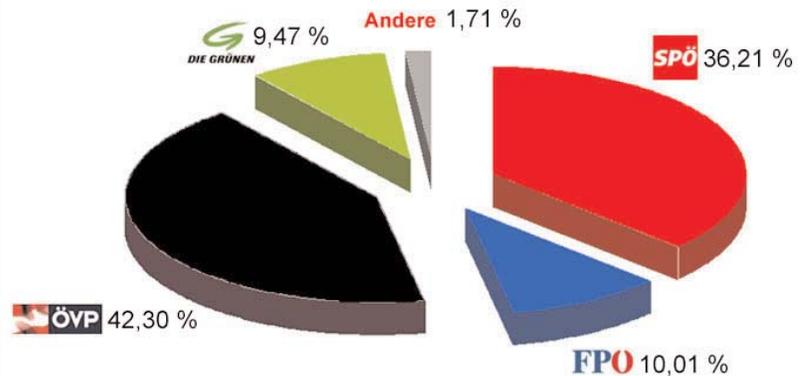
War die FPÖ bei den Nationalratswahlen 1999 bei den unter 30jährigen die stärkste Partei, ist sie bei den Jungen jetzt nur noch viertstärkste. Bei dieser Wahl sind der FPÖ vor allem die unter 60jährigen abhanden gekommen. Jetzt sind 44Prozent aller FPÖ WählerInnen über 60 Jahre.

Die Grünen sind in der jungen Bildungsschicht besonders stark

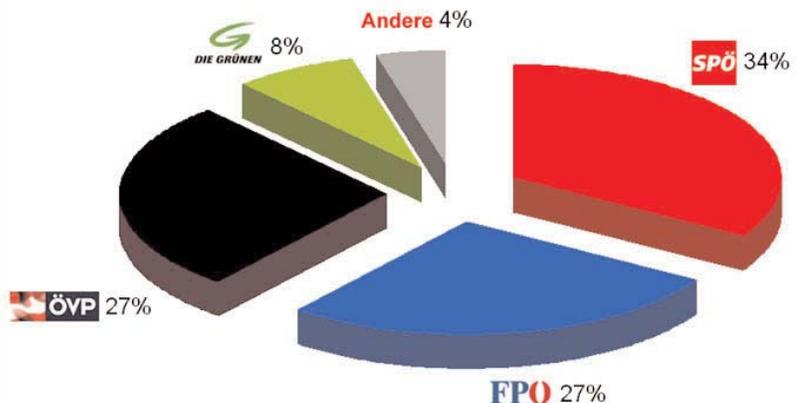
Bei den WählerInnen unter 35 mit Matura haben die Grünen 27Prozent der gültigen

Vorläufiges Endergebnis 2002

bekanntgegeben am 02. Dezember von Bundesminister Dr. Ernst Strasser
Das endgültige Ergebnis der Nationalratswahl 2002 wird die Bundeswahlbehörde in ihrer Sitzung am 13. Dezember 2002 feststellen.



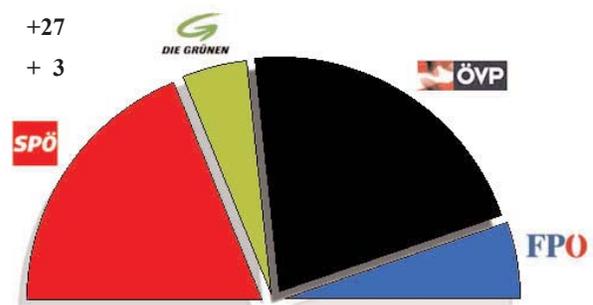
Ergebnis 1999



ÖJ-Grafik / Quelle: Bundesministerium für Inneres

Neue Mandatsverteilung im Nationalrat

	2002	1999	Diff.
SPÖ:	69	65	+ 4
FPÖ:	18	52	-34
ÖVP:	79	52	+27
Grüne:	17	14	+ 3



ÖJ-Grafik / Quelle: Bundesministerium für Inneres

Nationalratswahl 2002 – Die Analyse

Stimmen erreicht. In dieser Gruppe kommt den Grünen der strukturelle Wandel zugute, weil es sich hier um eine wachsende Gruppe handelt.

Hauptmotive für die Grün-WählerInnen sind ökologische Themen, Menschenrechtsthemen und die Popularität von Alexander Van der Bellen. Zugewinne erzielten die Grünen bei Regierungsgegnern und FPÖ-Kritikern. Viele neue Grün-WählerInnen wollten, dass die Grünen den dritten Platz erzielen und in die Regierung einziehen. Von der Auflösung des Liberalen Forums haben die Grünen am meisten profitiert.

SPÖ und Grüne gewinnen vor allem im urbanen Raum

Die Grünen bleiben in ländlichen Gemeinden in Summe praktisch unverändert, die SPÖ legt in diesen Gemeinden nur geringfügig zu. Beide Parteien erzielten jedoch größere Gewinne im urbanen Raum.

Schlussphase des Wahlkampfes

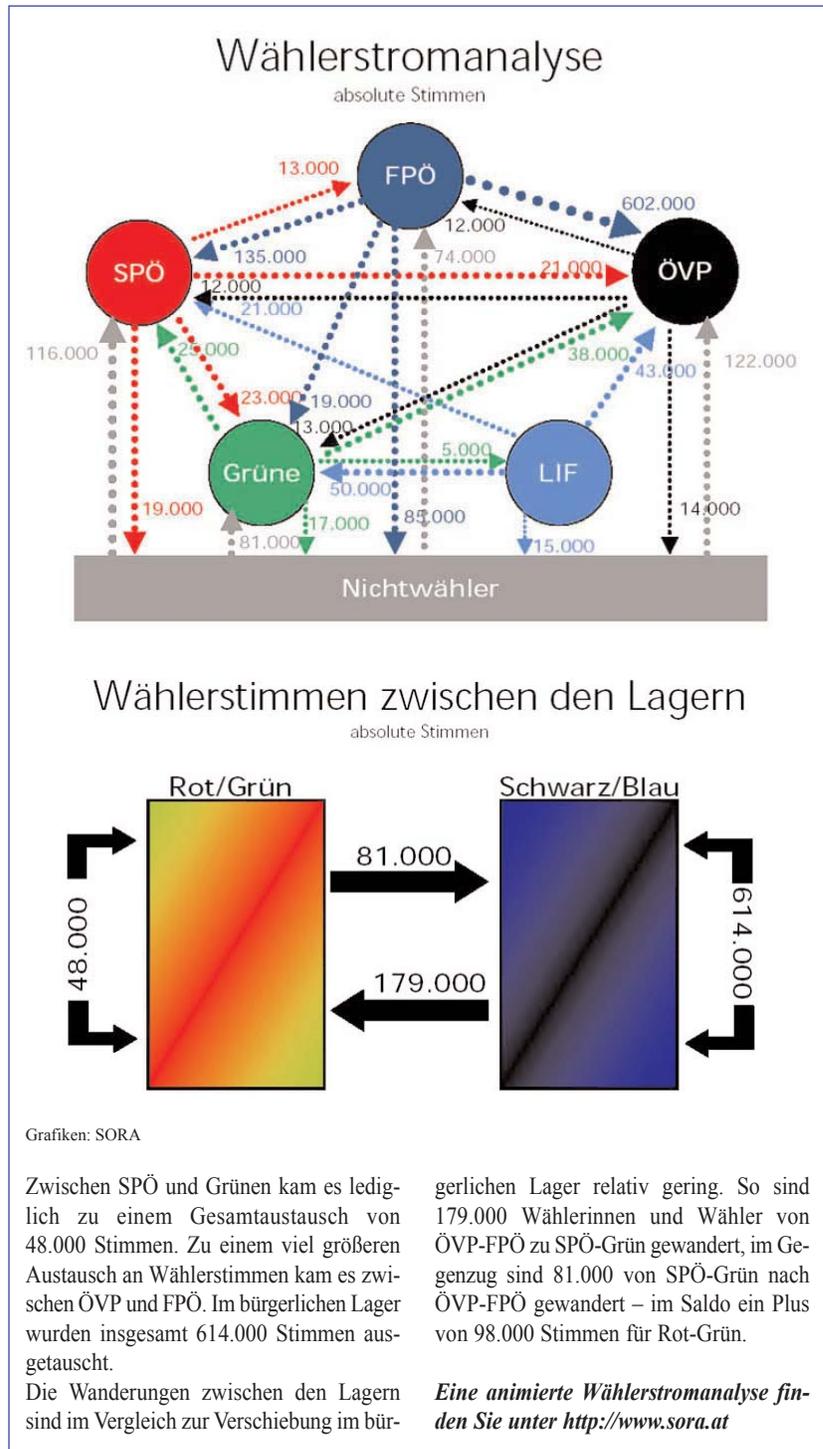
In der Schlussphase des Wahlkampfes hat die Negativ-Kampagne der ÖVP gegen eine mögliche rot-grüne Koalition gewirkt und sowohl ÖVP als auch FPÖ gestärkt. Nach der Wahl in Deutschland war eine rot-grüne Koalition immer beliebter als eine schwarz-blaue Koalition. Zwei Wochen vor der Wahl war dieser Vorsprung auf 8 Prozent angewachsen, aber in den letzten beiden Wochen vor der Wahl ist die Präferenz für rot-grün um 8 Prozent gesunken.

Wählerstromanalyse

Die größte, alles dominierende Bewegung war bei dieser Nationalratswahl die Abwanderung von 602.000 der FPÖ-WählerInnen zur ÖVP. Die zweitgrößte Wanderung ist die Abwanderung der FPÖ zur SPÖ (135.000 Stimmen), in die Gegenrichtung sind nur 13.000 Stimmen gewandert.

Die starke Mobilisierung von Nichtwählern ist das zweitwichtigste Phänomen dieser Wahl. Dies liegt an der Dramatisierung des Lagerwahlkampfes in der Endphase kurz vor der Wahl. 122.000 Nichtwähler von 1999 sind zur ÖVP, 116.000 zur SPÖ und 81.000 zu den Grünen gewandert, 74.000 Nichtwähler haben diesmal FPÖ gewählt.

Die Grünen haben an die ÖVP mehr verloren (38.000 Stimmen) als sie von dieser gewonnen haben (13.000). Zusätzlich hat es einen Wählerabtausch mit der SPÖ gegeben (25.000), sie hat aber fast genauso viele Stimmen (23.000) zurückgeholt.



Die Wähler des Liberalen Forums sind hauptsächlich zu ÖVP (43.000) und den Grünen (50.000) gewandert.

Die Wanderungen zwischen den Lagern sind im Vergleich zur Verschiebung im bürgerlichen Lager relativ gering. 234.000 Wählerinnen und Wähler sind von rechts nach links gewandert, im Gegenzug sind

124.000 von links nach rechts gewandert – im Saldo ein Plus von 110.000 Stimmen für die beiden linken Parteien. ■

Das „Österreich Journal“ bedankt sich bei SORA für die kostenlose Überlassung dieser hochprofessionellen Analyse

Nationalratswahl 2002 – Wahlergebnisse

Exakte SORA-Hochrechnung im ORF

Die Abweichung der 17-Uhr-Hochrechnung vom Endergebnis lag bei nur 0,5 Prozent!

Bei der Nationalratswahl 2002 konnte SORA (<http://www.sora.at>) der Öffentlichkeit wieder eine exakte Hochrechnung präsentieren: Die durchschnittliche Abweichung der Hochrechnung, die vom ORF am 24. November um 17 Uhr ausgestrahlt wurde, betrug lediglich 0,5 Prozentpunkte. Die maximale Abweichung war 0,9 Prozentpunkte vom vorläufigen Endergebnis entfernt.

Noch näher am Endergebnis lag die Hochrechnung um 18 Uhr mit einer durchschnittlichen Abweichung von 0,1 und einer maximalen Abweichung von 0,3 Prozentpunkten. SORA prognostizierte zu diesem Zeitpunkt die ÖVP exakt bei 42,3%, während andere Hochrechnungen noch 43,5% vorhersagten.

SORA wurde im Jahr 1996 von Günther Ogris und Christoph Hofinger gegründet. Schon vorher kooperierten die beiden Geschäftsführer intensiv in den Bereichen Umfragen und Methoden.

SORAs Anspruch ist es, auf der Basis von hochwertiger wissenschaftlicher Forschung Ergebnisse und Beratung zu liefern, die verständlich sind und den Anforderungen der praktischen Anwendbarkeit und Umsetzbarkeit entsprechen. Je nach Fragestellung und stets in Abstimmung mit unseren Kunden arbeitet man dabei mit unterschiedlichen empirischen quantitativen und qualitativen Methoden.

Seit der Unternehmensgründung vor sechs Jahren ist SORA permanent gewachsen und verfügt derzeit neben den beiden wissenschaftlichen Leitern Günther Ogris und Christoph Hofinger über 15 angestellte MitarbeiterInnen, davon zwölf im wissenschaftlichen Bereich.

SORA bietet methodisch fundierte Beratung, Planung und Durchführung von Studien, strategische Beratung, Kampagnenbegleitung und Weiterbildung, Vorträge und Publikationen zu Theorie und methodologischer Praxis der Sozialwissenschaften sowie zu konkreten sozial- und politikwissenschaftlichen Fragestellungen.

SORA Ogris & Hofinger OEG

Gumpendorfer Straße 5/7, A-1060 Wien

Tel. +43-1-585 33 44, Fax Dw 55

E-Mail: office@sora.at

»Hitparade« Maxima-Minima-Analyse

Gemeinden mit den höchsten oder niedrigsten von einer Partei erzielten Prozentanteilen oder mit den höchsten oder niedrigsten Wahlbeteiligungen:

höchster:		niedrigster:	
SPÖ			
Selzthal, ST	78,30 %	Kaisers, T	0,00 %
Hirm, B	74,05 %	St. Gerold, V	1,52 %
Retznei, ST	74,04 %	Damüls, V	1,57 %
FPÖ			
St. Georgen/Fillm. OÖ	39,57 %	Kaisers, T	0,00 %
Gurk, K	38,10 %	Bärnkopf, N	0,76 %
Seeboden, K	37,36 %	Palfau, ST	1,32 %
ÖVP			
Kaisers, T	100,00 %	Selzthal, ST	13,11 %
Jungholz, T	91,86 %	Golling/Erlauf, NÖ	13,80 %
Innevillgraten, T	90,02 %	Bad Bleiberg, K	14,85 %
Grüne			
Neubau, W	31,54 %	Tschanigraben, B	0,00 %
Mariahilf, W	28,22 %	St. Pankraz, OÖ	0,00 %
Josefstadt, W	26,57 %	Heugraben, B	0,00 %
KPÖ			
Röns, V	4,73 %	insgesamt	
Bretstein, ST	3,83 %	232	0,00 %
Ahorn, OÖ	3,14 %	Gemeinden	
LIF			
Spiss, T	9,33 %	insgesamt	
Mannsdorf/Donau, NÖ	4,13 %	159	0,00 %
Elmen, T	3,56 %	Gemeinden	
Demokraten			
Dünserberg, V	1,18 %	Kandidatur nur in den	
Mäder, V	0,75 %	Landeswahlkreisen 8 u. 9	
Doren, V	0,67 %	(Vorarlberg u. Wien)	
CWG			
Düns, V	7,61 %	Kandidatur nur im	
St. Anton/Montafon, V	4,37 %	Landeswahlkreis 8	
St. Gallenkirch, V	4,04 %	(Vorarlberg)	
SLP			
Rudolfsheim-Fünfh., W	0,66 %	Kandidatur nur im	
Favoriten, W	0,64 %	Landeswahlkreis 9	
Brigittenau, W	0,60 %	(Wien)	
Wahlbeteiligung			
Moorbad Harbach, NÖ	101,13 %	Innere Stadt, W	31,98 %
Mils/Imst, T	98,88 %	Kals/Großglockner, T	65,43 %
Stolzalpe, ST	97,96 %	Weissenbach/Lech	65,55 %

ÖJ / Quelle: Bundesministerium für Inneres

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postanschrift: A-1090 Wien, Harmoniegasse 1; ISSN 1605-1130 Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe erlaubt.

Nationalratswahl 2002 – Wahlergebnisse

Bundesland	Wahlbe- rechtigte	Wahlbe- teiligung in %	abge- geben	gültig	ungültig	Stimmen	 %
Burgenland	215.777	90,06	194.319	191.292	3.027	87.660	45,83
Kärnten	423.954	83,67	354.735	347.286	7.449	133.131	38,33
Niederösterreich	1.157.540	89,09	1.031.236	1.014.677	16.559	373.179	36,78
Oberösterreich	1.005.895	86,34	868.461	853.565	14.896	316.009	37,02
Salzburg	361.580	83,72	302.718	297.813	4.905	91.674	30,78
Steiermark	920.052	83,89	771.849	762.640	9.209	281.965	36,97
Tirol	480.099	82,81	397.552	391.810	5.742	95.855	24,46
Vorarlberg	237.291	84,18	199.745	197.360	2.385	39.590	20,06
Wien	1.110.321	77,60	861.638	853.242	8.396	373.436	43,77
davon Wahlkarten			223.238	221.582	1.656	62.575	28,24
Gesamt	5.912.509	84,27	4.982.253	4.909.685	72.568	1.792.499	36,51

Bundesland	 Stimmen %		 Stimmen %		 Stimmen %		 Stimmen %	
Burgenland	12.163	6,36	81.125	42,41	9.009	4,71	475	0,25
Kärnten	82.002	23,61	105.894	30,49	21.495	6,19	1.824	0,53
Niederösterreich	70.208	6,92	485.351	47,83	73.177	7,21	4.649	0,46
Oberösterreich	88.790	10,40	363.497	42,59	74.043	8,67	3.979	0,47
Salzburg	31.949	10,73	138.924	46,65	30.848	10,36	1.259	0,42
Steiermark	73.540	9,64	340.185	44,61	53.052	6,96	7.268	0,95
Tirol	39.059	9,97	203.228	51,87	45.585	11,63	2.199	0,56
Vorarlberg	25.642	12,99	97.131	49,22	28.671	14,53	717	0,36
Wien	67.975	7,97	261.496	30,65	129.141	15,14	5.197	0,61
davon Wahlkarten	15.469	6,98	95.139	42,94	44.647	20,15	874	0,39
Gesamt	491.328	10,01	2.076.831	42,30	465.021	9,47	27.567	0,56

Bundesland	 Stimmen %		 Stimmen %		 Stimmen %		 Stimmen %	
Burgenland	860	0,45	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Kärnten	2.940	0,85	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Niederösterreich	8.113	0,80	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Oberösterreich	7.247	0,85	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Salzburg	3.159	1,06	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Steiermark	6.630	0,87	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Tirol	5.884	1,50	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Vorarlberg	3.191	1,62	409	0,21	2.009	1,02	0	0,00
Wien	10.061	1,18	2.030	0,24	0	0,00	3.906	0,46
davon Wahlkarten	2.637	1,19	113	0,05	40	0,02	88	0,04
Gesamt	48.085	0,98	2.439	0,05	2.009	0,04	3.906	0,08

Österreich hat gewählt

Was nun? Wer mit wem? Während die einen sofort könnten, aber vielleicht nicht recht wollen, wollten die anderen, können aber nicht recht.

Von Michael Mössmer.

Die österreichische Wählerschaft hat eindeutig entschieden, daß Bundeskanzler und ÖVP-Obmann Dr. Wolfgang Schüssel die Möglichkeit bekommen soll, die im März 2000 mit der FPÖ begonnenen Reformen fortzusetzen. Ob der (ehemalige) Koalitionspartner FPÖ in der kommenden Regierung vertreten sein wird, steht allerdings nicht fest. Einer von der FP-Mannschaft wird jedoch der zukünftigen ÖVP-geführten Regierung auf jeden Fall angehören: Finanzminister Mag. Karl-Heinz Grasser. Das hat in der FPÖ vorerst für ziemliche Irritation gesorgt, man suchte Mittel und Wege, die Wiederberufung des „Abtrünnigen“ zu verhindern. Was nicht gelang, da Schüssel eindeutig auf den Verbleib des beliebtesten heimischen Politikers bestand. Da FP-Obmann Mag. Herbert Haupt jedoch mehrfach den Wunsch bekräftigte, der neuen Regierung jedenfalls angehören und die gemeinsam begonnenen Reformen fortführen zu wollen, war dieses Thema bald abgehakt. Interessanterweise ist Grassers Integrität kaum in Frage gestellt, selbst in der heissesten Wahlkampfphase waren Aussagen über ihn meist von gewisser Achtung geprägt. Daß er noch FPÖ-Mitglied ist, wurde – wenn überhaupt – meist von den Freiheitlichen selbst als nachteilig ins Treffen gebracht. Jedenfalls ist es Schüssel mit dieser „Personal“-Entscheidung gelungen, einen „Säckelwart der Nation“ einzubinden, dem die Bevölkerung trotz der erfahrenen Belastungen „nicht böse“ ist.

Bildungsauftrag

Am vergangenen Freitag (28. 11.) wurde der erste Schritt in Richtung Regierungsbildung von Bundespräsident Dr. Thomas Klestil gesetzt, der die nach der Wahl verfassungsgemäß aufgelöste Bundesregierung mit der Weiterführung der Amtsgeschäfte betraute. Der Weg zur Präsidentschaftskanzlei, vom Bundeskanzleramt über den Ballhausplatz, war dieser Regierung im Jahr 2000 „oberirdisch“ verwehrt gewesen, waren doch Hunderte Demonstranten dort aufmarschiert, um den Widerstand gegen die unerwünschte Koalition

zu beginnen. Die zukünftigen Minister und Staatssekretäre mußten damals die Strecke über einen unterirdischen Verbindungsgang zurücklegen. Doch diesmal ging es mehr als ruhig ab, es hatten sich nur einige Schauspielstige eingefunden, und die zollten diesmal Beifall.



Bundespräsident Thomas Klestil (r.) beauftragt den Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP), offiziell mit der Regierungsbildung.

Bild: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Ebenfalls ruhig geht es seit dem Wahlabend in der Innenpolitik zu. Hauptthema sind naturgemäß die Sondierungsgespräche der vier im Parlament vertretenen Parteien, wobei sich jede davor zu hüten scheint, durch die Formulierung „Koalitionsverhandlungen“ irgendetwas zu präjudizieren. Und während die einen sofort könnten, aber vielleicht nicht recht wollen, wollten die anderen, können aber nicht recht. Und das kommt so:

Neue Mandatsverteilung

Die Mandatsverteilung hat die Koalitionsmöglichkeiten, über die seit vielen Wochen spekuliert wurde, insofern stark eingeschränkt, als die ÖVP die einzige Partei geblieben ist, die mit einer zweiten über eine relative Mehrheit im Parlament verfügt:
 ÖVP + SPÖ: 148 von 183 Mandaten = 82 %
 ÖVP + FPÖ: 97 von 183 Mandaten = 53 %
 ÖVP + Grüne: 96 von 183 Mandaten = 52 %
 im Vergleich dazu
 SPÖ + Grüne: 87 von 183 Mandaten = 47 %
 (wenn man von der unrealistischen Variante SPÖ+FPÖ+Grüne absieht, die miteinander auf 104 und damit 57 % der Mandate kämen).

Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hat die Oppositionschefs Dr. Alfred Gusenbauer (SPÖ), Mag. Herbert Haupt (FPÖ) und Prof. Dr. Alexander Van der Bellen (Grüne) unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses zu Gesprächen eingeladen, die zwar von allen dreien wahrgenommen werden, allerdings mit sehr unterschiedlichen Positionen.

Die SPÖ hat parteiintern noch keine Einigung darüber gefunden, ob – wie von Gusenbauer ursprünglich angekündigt, als Zweitplazierte – der Weg in die Opposition neuerlich beschritten wird, oder ob man als Juniorpartner in eine große Koalition eintreten soll. Nach dem ziemlich raschen Abgang des letzten SP-Kanzlers Mag. Viktor Klima und dem Verlust der Staatsführung nach fast 30 Jahren hat es die bisher auch gewohnt



Bundeskanzler und ÖVP-Bundesparteiobmann Wolfgang Schüssel (2. v. l.) bietet nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses Gespräche an. Im Bild: Grünen-Chef Alexander Van der Bellen (li), SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer und der geschäftsführende FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Haupt.

Bild: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

stimmenstärkste Partei zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt „erwischt“, ist doch Dr. Alfred Gusenbauer als Parteivorsitzender erst seit Anfang 2000 „im Amt“. Das unerwartete Ende der Legislaturperiode von ÖVP und FPÖ traf den 42jährigen Niederösterreicher praktisch in der Halbzeit von Erneuerung und Neupositionierung der SPÖ. Er selbst hatte kaum Gelegenheit, sich als Spitzenpolitiker zu positionieren. Und plötzlich haftet nun gewisses Verliererimage an ihm, da es weder gelungen war, eine Mehrheit für „Rot-Grün“ nach deutschem Vorbild

Nationalratswahl 2002 – Der Kommentar

zu erlangen, noch die Position als stimmenstärkste Partei des Landes zu halten. Da nützt es auch nicht allzuviel, daß die SPÖ immerhin 3,75 Prozent zulegen konnte: Für viele Mitglieder der Basis scheint Gusenbauer nicht der ideale Parteivorsitzende zu sein, als Vizekanzler einer vom erfahrenen Bundeskanzler Schüssel geführten Regierung wollen ihn viele nicht sehen. Darin dürfte auch der Grund dafür zu finden sein, daß etwa –

und das ziemlich vehement – der oberösterreichische Parteichef Erich Haider den Gang in die Opposition fordert und, widrigenfalls, mit der Einberufung eines Sonderparteitages droht.

Erste Gespräche

Dennoch hat die SPÖ ein Verhandlungsteam zusammengestellt, das bereits am Dients-

tag (03. 12.) zu einem ersten, wie gesagt, Sondierungsgespräch mit dem VP-Team zusammengetroffen ist. Die jeweiligen Aussagen über Erfolg/Mißerfolg dieses Treffens stellen sich einigermaßen widersprüchlich dar: „Die Diskussion war in der Sache ernst und getragen von einem konstruktiven Ansatz“, erklärte Bundeskanzler Schüssel und meinte auch, daß ein „Kassasturz“ für das Budget 2002 schriftlich vorgelegt worden sei. Und



Sondierungsgespräch zwischen ÖVP und SPÖ auf Delegationsbasis zur Bildung einer neuen Regierung nach der Nationalratswahl 2002: Im Bild vorne das ÖVP-Verhandlungsteam GS Maria Rauch-Kallat (li.), VP-Verhandlungsführer, BPO, BK Wolfgang Schüssel, LH Waltraud Klasnic. Hinten das SPÖ-Verhandlungsteam v.l.n.r.: KO Josef Cap, BPV-Stv. Gabi Burgstaller, BPV-Stv., Parlamentspräsident Heinz Fischer, SPÖ-Verhandlungsführer, Parteivorsitzender Alfred Gusenbauer, BPV-Stv. Barbara Prammer, BGM Michael Häupl, LH-Stv. Hans Nissl.

Bild: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA



Sondierungsgespräch zwischen ÖVP und SPÖ auf Delegationsbasis zur Bildung einer neuen Regierung nach der Nationalratswahl 2002: Im Bild vorne SPÖ-Verhandlungsführer, Parteivorsitzender Alfred Gusenbauer (li.) und BPV-Stv., Parlamentspräsident Heinz Fischer. Hinten v.l.n.r.: das ÖVP-Verhandlungsteam BPO-Stv. Elisabeth Zanon, Klubobmann Andreas Khol, BPO-Stv., BM Wilhelm Molterer, LH Waltraud Klasnic, VP-BPO, BK Wolfgang Schüssel, GS Maria Rauch-Kallat, BPO-Stv., BM Elisabeth Gehrer.

Bild: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Nationalratswahl 2002 – Der Kommentar

zwar so, wie von den Sozialdemokraten gewünscht. Demnach bleibe das Budgetdefizit auf dem prognostizierten Niveau von 1,3 Prozent. Enthalten seien darin bereits die beiden Konjunkturbelebungsprogramme sowie die Wiederaufbau- und Entschädigungsmaßnahmen für die Hochwasserkatastrophe.

SP-Verhandlungsführer Gusenbauer resümierte dieses erste Sondierungsgespräch mit der ÖVP als eine ernüchternde Bilanz, die Verweigerung objektiver Informationen ließe Schlimmes erahnen: „Gerade am Beginn einer Legislaturperiode sollte Wahrhaftigkeit über die budgetäre Ausgangslage herrschen – das geht nur über einen ernsthaften Kassasturz“, so Gusenbauer. Die SPÖ stehe außerdem der Absicht der ÖVP, in Parallelverhandlungen mit FPÖ und Grünen einzutreten, äußerst skeptisch gegenüber. Gusenbauer: „Eine Lizitationspolitik, die nur parteipolitischen Interessen folgt, kann nicht von Nutzen für das Land sein. Die SPÖ lehnt diesen politischen Wettbewerb ab – gefordert ist ein ernsthafter Dialog über die Zukunftsfragen Österreichs“.

Schüssel stellte fest, er glaube, daß der politische Wille, die echten Probleme Österreichs anzusprechen, vorhanden sei: „Das ist ein guter Beginn. Mehr kann man zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Wichtig ist jedoch, daß die Substanz Vorrang vor allen Terminplänen hat.“

Keine Lust, als Steigbügelhalter herzuhalten

Auch die Grünen haben parteiintern noch keine Einigung gefunden, ob der Verbleib in der Opposition der richtige Weg sei, oder ob eine Regierungsbeteiligung das Einhalten der gegebenen Wahlversprechen eher ermögliche. Ein leicht zu ortendes, aber umso schwerer zu lösendes Problem haben SPÖ und Grüne damit, daß sie nicht als „Steigbügelhalter für eine ÖVP-dominierte Regierung“ herhalten wollen. Das leuchte doch, so hört man, auf den ersten Blick ein, wenn man sehe, was von der FPÖ übriggeblieben sei. Daß letztere die sprichwörtliche Trennungs-Schmutzwäsche gewaschen und damit der ehemaligen gemeinsamen Opposition „Munition“ geliefert hat, ist gerade in Wahlkampfzeiten nachvollziehbar. Was SPÖ und Grüne im Zusammenhang damit *nicht* erwähnen, ist die Tatsache, daß die Freiheitliche Partei Österreichs einem reinen Selbstzerstörungsprozeß zum Opfer gefallen ist. Auch wenn dies – im Wahlkampf – der ÖVP angelastet wurde. Seit der Beendigung der Koalitionsgesprä-

che zwischen Viktor Klima und Wolfgang Schüssel Ende 1999 hatten SPÖ und Grüne ein ausgemachtes Ziel: eine Regierungsbeteiligung der FPÖ zu verhindern, später die bestehende Regierung einem möglichst baldigen Ende zuzuführen. Nun ist dies eingetreten, später als erhofft, doch, scheint, früher als erwartet. Denn eine Weigerung der beiden (SPÖ oder Grüne), jetzt mit der ÖVP zu koalieren, würde mit einiger Wahrscheinlichkeit die ÖVP aber in genau diese Regierungsform „hineinzwingen“. Obwohl deren stv. Bundesparteiobfrau, Ministerin Elisabeth Gehrler in einem ORF-Interview deutlich feststellte, die ÖVP würde nur mit einer FPÖ neuerlich koalieren, die verlässlich wäre.

FPÖ ohne Haider?

Das heißt, mit einer FPÖ, frei von jedem Einfluß ihres Alt-Parteibornmannes Dr. Jörg Haider, einfaches Parteimitglied und Landeshauptmann von Kärnten. Dessen „Querschüsse“, so heißt es, die sie meist als „Opposition in der Regierung“ darstellten, hätten schließlich dazu geführt, daß ein Teil der FP-Regierungsmannschaft resignierte und somit die Koalition zerbrach. Und diesen Fehler, so Gehrler, wolle man keinesfalls wiederholen.

Ob es eine FPÖ *ohne* Haider geben kann, wird die Zukunft zeigen. Haider selbst hatte schon des öfteren angekündigt, sich aus der Bundespolitik zurückziehen, sich nur auf sein Amt als Landeshauptmann konzentrieren zu wollen. Bisher war es seinen Parteifreunden aber immer wieder gelungen, ihn von endgültigen Schritten zurückzuhalten, ihn nicht als sozusagen Zugpferd zu verlieren. Und da scheiden sich die Geister. Denn ein, wenn auch kleiner, Teil der FP-Funktionäre, schrieb das Dilemma, in dem die ehemalige 26-Prozent-Partei (1999) FPÖ (10,01 Prozent 2003) steckt, offen Haider zu. Der erklärte sich zwar als für die massiven Verluste verantwortlich, zeitgleich aber gerieten die erklärten Haider-Gegner ins Visier der Kernmannschaft. Ein einstiger Weggefährte Haiders, Mag. Norbert Gugerbauer (er hat seinerzeit in Innsbruck den Sturz des damaligen FP-Obmanns Dr. Norbert Steger mitgetragen) sollte beim Sonderparteitag am kommenden Wochenende als Gegenkandidat zu Parteibornmann Mag. Herbert Haupt antreten und die FPÖ-Führung übernehmen. Das hätte mit ziemlicher Sicherheit den totalen Rückzug Haiders zur Folge gehabt. Aus diesen Plänen wurde aber nichts, da Gugerbauer, wie es heißt, zuwenig prominente Unterstützer ge-

funden hatte. Wie sich Haider nun entscheidet, ob er an die Parteispitze zurückkehrt oder nicht, bleibt wahrscheinlich auch über den kommenden Sonntag hinaus offen.

Die Grünen haben sich unterdessen geeinigt, in Gespräche mit der ÖVP einzutreten – obwohl man praktisch keine Wahrscheinlichkeit für eine Kooperation sieht.

Opposition in politischer Doppelmühle

SPÖ und Grüne befinden sich nun in einer politischen Doppelmühle:

Stark, wie Schüssel mit seiner ÖVP derzeit „unterwegs“ ist, kann es sowohl SPÖ als auch den Grünen passieren, bei der nächsten Wahl als Juniorpartner an Profil und Stimmen zu verlieren. Das spräche *gegen* einen Eintritt in eine Koalition.

Sollte die ÖVP mit einer FPÖ-Neu die nächsten vier Jahre regieren, würde das Argument, schwarz-blau würde so weiterarbeiten wie früher, dann nur auf die eigene Verweigerung einer Regierungsverantwortung hinweisen. Außerdem ließe sich die Umsetzung eigener Wahlversprechen als Regierungspartner um einiges leichter erreichen. Das spräche *für* einen Eintritt in eine Koalition mit der ÖVP.

Eine bisher noch nicht angesprochene Variante bleibt Schüssel: der für Österreich bisher ungewöhnliche Gang in eine Minderheitsregierung. Schüssel könnte bzw. müßte sich für einzelne Vorhaben jeweils Mehrheiten im Parlament suchen, was zu erreichen auf den ersten Blick gar nicht so unwahrscheinlich ist. Das hätte auch für die Opposition gewisse Vorteile, da Sachthemen durchgesetzt werden könnten, die in den eigenen Zielen und im Wahlkampf vorrangig sind resp. waren. Alles geht natürlich nicht, da ja ohne ÖVP praktisch gar nichts geht. Und wenn das alles nicht klappt, könnte Schüssel Neuwahlen ausrufen und möglicherweise mit noch höheren Stimmengewinnen rechnen. Und das wird wohl die eine oder andere Überlegung in den Parteizentralen einigermaßen beeinflussen.

Von einer neuen Regierung sind wir also noch ziemlich weit entfernt. So könnte es bis Ende Jänner dauern, bis ein Regierungsteam den Weg über den Ballhausplatz in Richtung Präsidentschaftskanzlei antritt. Eines scheint aber sicher zu sein: So laut, wie damals, im März 2000, wird es nicht zugehen. ■

Lesen Sie in unserem nächsten ÖJ-pdf-Magazin über die weiteren Sondierungsgespräche. In 14 Tagen!

Ministerin Ferrero-Waldner verleiht erstmalig das Bundes-Ehrenzeichen

27 Österreicher wurden im November für ehrenamtliche Leistungen im Bereich der Außenpolitik ausgezeichnet

Mir kommt heute die besondere Freude zu, Persönlichkeiten, die ehrenamtliche Leistungen im Rahmen von Freiwilligen-Initiativen in meinem Zuständigkeitsgebiet, dem der österreichischen Außenpolitik, erbracht haben, dieses Bundes-Ehrenzeichen zu verleihen.“ Mit diesen Worten eröffnete Außenministerin Benita Ferrero-Waldner die Festrede am Mittwoch, den 20. November 2002. Dabei handelt es sich bei dem von der Außenministerin verliehenen Ehrenzeichen des Bundes um eine Auszeichnung, die eigens von der Bundesregierung außerhalb des üblichen Ordensschemas geschaffen wurde. Mit dieser Auszeichnung soll das Engagement jener Personen gewürdigt werden, die sich selbstlos für das Gemeinwohl und für Mitmenschlichkeit einsetzen.

Rede der Bundesministerin im Wortlaut

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren !

Die Bundesregierung hat zur Anerkennung besonderer Verdienste um die Republik Österreich oder besonderer Verdienste um das Gemeinwesen, die durch ehrenamtliche Leistungen im Rahmen von Freiwilligen-Organisationen und Freiwilligen-Initiativen erbracht werden, ein Bundes-Ehrenzeichen, eine Auszeichnung sui generis, außerhalb der üblichen Ordenschemata geschaffen. Mir kommt heute die besondere Freude zu, Persönlichkeiten, die derartige freiwillige Leistungen in meinem Zuständigkeitsgebiet, dem der österreichischen Außenpolitik, erbracht haben, dieses Bundes-Ehrenzeichen zu verleihen.

Freiwillige und ehrenamtlich für das Gemeinwohl Tätige erbringen ihre wertvollen Leistungen nicht zur Erlangung materieller Anerkennung.

Sie streben auch nicht nach besonderer ausdrücklicher Würdigung durch Politiker oder die Allgemeinheit. Persönliche Motivation für freiwilligen Einsatz scheint mir zu



BM Dr. Benita Ferrero-Waldner im Kreise der von ihr Ausgezeichneten
Foto: ÖJ/A. Mössmer

sein, daß die geleistete – ja, gelebte – Hilfe die Möglichkeit bietet, dem persönlichen Dasein mehr Sinn und Inhalt zu geben. Sie eröffnet die Chance, neue Facetten der eigenen Persönlichkeit zu entdecken. Sein Engagement bietet dem Ehrenamtlichen gesellschaftliche Anerkennung und vermittelt ihm das Gefühl der Mitverantwortung für die Gemeinschaft und seinen Nächsten.

Im weiteren Zusammenhang ist dieses freiwillige Engagement für mich aber auch ein Ausdruck des Prinzips der Subsidiarität und der Selbstorganisation unserer Gesellschaft. Was die kleinere Einheit tun kann, soll der Staat nicht an sich ziehen.

Dadurch erlangen die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr zivilgesellschaftliche Mitverantwortung, mehr Möglichkeiten zur Mitwirkung und Mitgestaltung. Freiwilligkeit bildet den Kern der Zivilgesellschaft. Ohne lebendige zivilgesellschaftliche Basis würde unsere Demokratie versteinern.

Aber auch aus den Internationalen Beziehungen ist das „Volunteering“ nicht mehr wegzudenken und bildet dort die Grundlage vielfältiger Initiativen.

Sehr geehrte Damen und Herren !

Dr. Gerhard Bauer ist Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

Die Aktivitäten der Gesellschaft, die von ihm mit starkem persönlichem Engagement geplant und geführt werden, sind ein wichtiger Motor in der Entwicklung eines breiteren EU-Bewusstseins und besserer Information in Österreich.

Fritz Molden, Dipl.-Kfm. Gustav Chlestil, Dr. Jürgen Em, Dr. Erika Walker, sind die Präsidenten des Weltbundes der Österreicher im Ausland und des Auslandsösterreicherwerkes. Dies sind die beiden weltweit agierenden Interessenvertretungs- und Serviceinstitutionen der AuslandsösterreicherInnen. Ihre Mitgliederorganisationen haben z.B. auch wesentlich zur Mobilisierung der Auslandsösterreicher im Hinblick auf eine Teilnahme an den kommenden Wahlen beigetragen.

Dr. Walter Dujmovits von der Burgenländischen Gemeinschaft, **Juliana Belcsak** vom

Österreich im Ausland

Austrian-American Council und **Roland K. Pirker** vom Austrian-Canadian Council sind Vertreter der größten Auslandsösterreichervereine.

Christa und Michael Mössmer verfassen „Das weltweite Österreich-Journal“. Dies ist ein hochprofessioneller und immer aktueller Internet-Dienst mit einer weltweiten, sehr großen Leserzahl. Tages- und Wochenübersichten werden durch täglich aktualisierte Presseschauen, nützliche links sowie Buch- und Musiktips ergänzt.

In Österreich informieren bilaterale Freundschaftsgesellschaften über ihre Partnerländer, vermitteln und intensivieren Kontakte und fördern wechselseitiges Verständnis.

Ausgezeichnete Vertreter aus diesem Bereich sind:

Hofrätin Elfriede Kulnig, Österreichisch-Albanische Gesellschaft

Beatriz Bauer, Österreichisch-Bolivianische Gesellschaft

Brigitta Serenyi-Ringhoffer, Österreichisch-Britische Gesellschaft

Anni Wacht, Dänisch-Österreichische Gesellschaft

Ing. Johann Dostal, Österreichisch-Isländische Gesellschaft

Uta Maresch, Österreichisch-Pakistanische Gesellschaft

Gertraud Schuller, Österreichisch-Südafrikanische Gesellschaft

Mag. Manfred Juraczka, Österreich-Venezolanische Gesellschaft

Dr. Martha Kyrle und **Dr. Gudrun Berger** haben als Präsidentin und Generalsekretärin des Nationalen Österreichischen Komitees für UNICEF den Ruf Österreichs durch effektvolle Arbeit, so z. B. gute Präsentation in New York und erfolgreiches Spendensammeln in der Öffentlichkeit gefördert.

Frau Dipl.-Ing. Vendi Bjelic-Pivodic vom Hilfswerk Austria setzt sich seit Jahren in Südosteuropa für die Re-Integration von Flüchtlingen ein. Ihrem unermüdlichen Einsatz ist u.a. die kürzliche Realisierung eines Flüchtlingsreintegrationsprojektes des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten in Bosnien und Herzegowina zu verdanken.

Alfred Kasess war vor seinem Einsatz für die österreichische Caritas katholischer Priester. Er hat seinen gut bezahlten Job als EDV-Experte bei IBM an den Nagel gehängt, um sich im Rahmen der Caritas-Aus-



BM Dr. Benita Ferrero-Waldner zeichnet auch das »Österreich Journal« aus: Herausgeber Michael Mössmer nimmt die Urkunde entgegen Foto: ÖJ/A. Mössmer

landshilfe für notleidende Romakinder in Albanien und Rumänien zu engagieren.

Andrea Wissinger hat zahlreiche Einsätze als Krankenschwester des Roten Kreuzes unter anderem in Tschetschenien, in Tadschikistan, in Albanien und im Kosovo absolviert.

Michael F. Pfeifer organisiert das Akademische Forum für Außenpolitik. Es ist dies eine Jugendorganisation mit großer Multiplikatorwirkung unter außenpolitisch ehrenamtlich Aktiven. Dank seiner Tätigkeit konnten in den letzten Jahren unzählige Veranstaltungen und Projekte realisiert werden, wie insbesondere die seit 1995 jährlich stattfindende Vienna International Model United Nations.

Andrea Konrath betreut mit großem Einsatz das Wohnheim Kastell Dornau für geistig Behinderte und psychisch Erkrankte in Neumarkt im Tauchental.

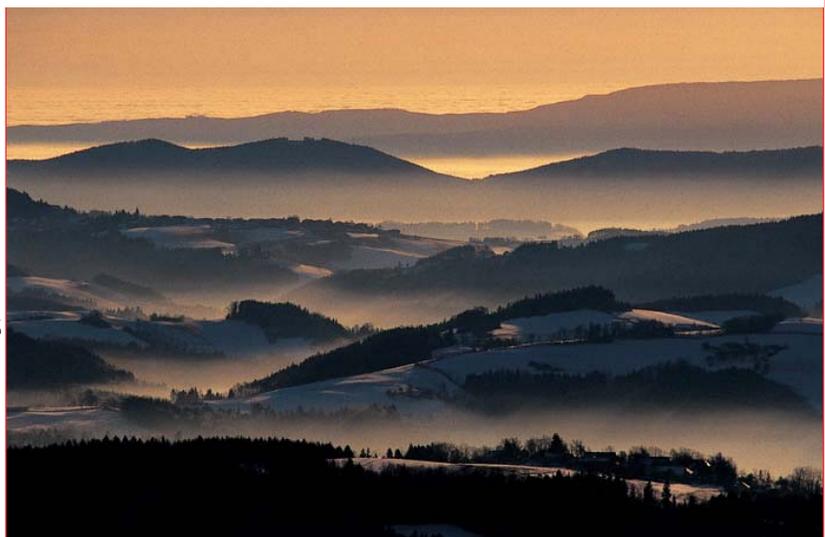
Mag. Franz Cermak, als Gründer und **Botschafter Dr. Thomas Stelzer** waren langjährige Präsidenten des Club 0,7%. Die Mitglieder dieser seit 1988 existierenden Vereinigung von im Auslandsdienst Tätigen widmen 0,7% ihres Inlandsgehaltes für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit. Dabei steht Hilfe zur Selbsthilfe im Vordergrund.

Sehr geehrte Träger des Bundes-Ehrenzeichens!

Durch Ihre ehrenamtlichen Leistungen im Rahmen Ihrer Freiwilligen-Organisationen helfen Sie mit, unsere Gesellschaft lebenswerter, menschlicher und gerechter zu gestalten, nicht zuletzt für unsere Kinder. Freiwilligen-Einsatz schafft Zusammenhalt innerhalb einer Gesellschaft, Verbindung zwischen Gesellschaften, Kontakt zwischen reicheren und ärmeren Menschen, Verständnis zwischen Älteren und Jüngeren. Und Ihre Bereitschaft, anderen zu helfen, sehr geehrte Damen und Herren, erstreckt sich sogar weit über unsere Landesgrenzen.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihr Engagement.

Den Winter erleben – in Niederösterreich



Niederösterreich ist unvergleichlich. Im Sommer, im Winter, das ganze Jahr über. Wenn eine Landschaft wirkt wie ein Gemälde, dann sind Sie in Niederösterreich.